

Resolution

Freiheit bewahren, Recht durchsetzen, Sicherheit gewährleisten

Wir bestätigen den Beschluss unserer Resolution „Ohne Angst und Träumereien – gemeinsam in Deutschland leben“. Angesichts der aktuellen Entwicklung bekräftigen wir, dass

- die Freiheit aller Menschen bewahrt werden muss. Eine freie und offene Gesellschaft in unserem Land bedeutet in besonderer Weise null Toleranz für Gewalt und jede Form der Kriminalität und die uneingeschränkte Gleichberechtigung von Frauen und Männern.
- Recht und Gesetz in unserem Land gelten und konsequent durchgesetzt werden. Unsere Rechts- und Werteordnung gilt für alle Menschen gleichermaßen, egal ob schon lange da oder neu hier – die Gleichheit aller vor dem Gesetz und der Justiz gilt. Wir werden unnachgiebig für die Durchsetzung unserer Rechtsordnung arbeiten – und den Institutionen des Rechtsstaates dafür alle notwendigen Kapazitäten bereitstellen.
- Sicherheit für alle Menschen in unserem Land unbedingt gewährleistet wird. Unverzichtbar für Sicherheit und Grundlage einer friedfertigen Gesellschaft ist nicht nur bürgerliche, sondern soziale Freiheit – und damit der Zugang zu Bildung und Arbeit, uneingeschränkt und für alle.
- diese große Aufgabe nur gesamtgesellschaftlich gelöst werden kann. Sicherheit entsteht nicht durch „eine Armlänge Abstand“, sondern durch gemeinsames Unterhaken. In Niedersachsen haben wir dafür mit dem Bündnis „Niedersachsen packt an!“ den wesentlichen Grundstein gelegt.
- In der Silvesternacht hat es massive organisierte sexualisierte Gewalt gegen Frauen gegeben. Diese Form sexualisierter Gewalt ist neu in Deutschland. Andere Formen sexueller Formen sexualisierter Gewalt sind leider nach wie vor verbreitet. Nichts davon ist akzeptabel. Sexismus, sexualisierte Gewalt und sexistische Diskriminierung sind gesamtgesellschaftliche Probleme, die in allen Bevölkerungsgruppen vorkommen. Den Fokus auf Menschen mit Migrationshintergrund als Täter lehnen wir deshalb ab. Wir verwehren uns dagegen, dass Frauen ihr Verhalten ändern sollen. Es sind die Täter, die das machen müssen. Das Recht darf dem Unrecht nicht weichen. Verhaltensregeln für Frauen lehnen wir deshalb ab. Darüber hinaus lehnen wir es ab, dass das Thema für rassistische Hetze verwendet wird. Das wird weder den Opfern noch dem gesamtgesellschaftlichen Problem gerecht. Es muss völlig unabhängig von Nationalität und Herkunft geklärt werden, wer die Täter sind und warum die Polizei das Geschehen nicht verhindern konnte.

Öffentliche Sicherheit ist ein sozialdemokratisches Thema

Alle Menschen in Deutschland müssen sicher sein und sich sicher fühlen können. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, unabhängig von ihrer persönlichen Situation und finanziellen Verhältnissen umfassend vor Kriminalität geschützt zu werden.

Die SPD setzt sich für einen starken Staat ein, der jede Einzelne und jeden Einzelnen vor Kriminalität und Gewalt und deren Ursachen schützt. Mehr als die Hälfte der Deutschen fürchtet sich vor einem Terroranschlag. Auch Alltagskriminalität und die Angst vor rassistischen Delikten betreffen die Menschen in ihrem persönlichen Sicherheitsempfinden. Dem müssen wir uns annehmen, wenn wir unserer Verantwortung den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber gerecht werden wollen.

Öffentliche Sicherheit ist eine wesentliche Staatsaufgabe, die Bund und Länder gleichermaßen mit Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein erfüllen müssen. Wir wollen eine Politik der öffentlichen Sicherheit, die Gefahren verhindert, Gefahren erkennt, wirksam bekämpft und Freiheitsrechte wahrt. Pauschale Rufe nach Strafverschärfungen oder symbolische Gesetzgebung helfen nicht weiter.

Deutschland hat bereits eines der schärfsten Anti-Terror-Gesetze in Europa. Wir haben unser Strafrecht jüngst noch einmal zur besseren Bekämpfung des Terrors verschärft. Allein durch weitere gesetzliche Verschärfungen werden wir die Sicherheit nicht erhöhen können. Wir wollen die Prävention stärken, die Analysefähigkeit ausbauen und bestehende Vollzugsdefizite bei der Anwendung des geltenden Rechts beenden. Wir wollen eine effiziente, konsequente und rechtstaatliche Bekämpfung von Kriminalität. Lücken im Strafrecht, die dazu führen können, dass Täter nicht bestraft werden können, müssen geschlossen werden. Daher muss die von Bundesjustizminister Heiko Maas geplante Reform des Sexualstrafrechts zügig angegangen werden. Als Sozialdemokratie verschließen wir nicht die Augen vor den grundlegenden Diskriminierungsmechanismen in unserer Gesellschaft. Wir müssen unserer historischen Aufgabe gerecht werden und weiter dafür kämpfen, dass echte Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht werden.

Dazu brauchen wir Polizeipräsenz im öffentlichen Raum, effektive Terrorismusbekämpfung und eine nachhaltige Bekämpfung sowohl der Alltagskriminalität als auch der Organisierten Kriminalität, wie etwa des Wohnungseinbruchdiebstahls. Hier muss eine effektive Polizeiarbeit und Strafverfolgung den bestehenden Rechtsrahmen ausschöpfen. Wer mit Gewalt und Terror Angst und Schrecken verbreitet, den trifft die ganze Härte des Rechtsstaats.

Rassismus und Rechtsextremismus haben keinen Platz in unserer Gesellschaft

Ausschreitungen gegen Flüchtlinge, Flüchtlingsheime, Helferinnen und Helfer sowie Politikerinnen und Politiker durch rechtsextreme Gewalttäterinnen und -täter haben ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen. Braune Hetzer versuchen, die Sorgen und Ängste der Menschen aufzugreifen und Hass zu schüren. Das lassen wir nicht zu. Neben einer Erstarkung der AfD haben sich weitere Bündnisse aus Rechtspopulisten und Rechtsextremen formiert (Pegida, Hooligans und andere), die mit menschenverachtenden Parolen gegen Migranten, Asylsuchende und Muslime und Andersdenkende hetzen. Dies alles hat uns längst in hohe Alarmbereitschaft versetzt.

Wir wirken dem wachsenden Rassismus, Antisemitismus und anderen menschenverachtenden Einstellungen in Deutschland entschieden entgegen und bekämpfen Rechtsextremismus konsequent. Das entspricht nicht zuletzt der stolzen Tradition der SPD. Das NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht halten wir nach wie vor für geboten. Ein Verbot der NPD ist ein wesentlicher Baustein und ein wichtiges und deutliches Signal im Engagement gegen Rechtsextremismus. Mit Staatsmitteln bei der Parteienfinanzierung dürfen keine Nazis subventioniert werden. Darüber hinaus müssen künftig auch die gefährlichen rechtsextremen Tendenzen in der Partei AfD und Gruppen wie Pegida, Hooligans u.a. vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Wir halten es für richtig, dass seit August 2015 besonders auch rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Motive der Täterin oder des Täters ausdrücklich bei der Strafzumessung berücksichtigt werden müssen. Wir setzen zudem auch auf umfassende Prävention.

Die sogenannte Extremismusklausel, die zivilgesellschaftliche Projekte gegen Rechtsextremismus schikaniert hat, haben wir abgeschafft. Prävention ist eine Daueraufgabe, die auch dauerhaft finanziert werden muss – dazu braucht es eigene gesetzliche Lösungen.

Terrorismus und Extremismus bedrohen unsere Freiheit

Insbesondere nach den brutalen Anschlägen in Paris am 13. November 2015 gibt es in der Bevölkerung große Sorgen und Verunsicherungen. Nun gilt es umso mehr zusammenzustehen und sich von diesen menschenverachtenden Verbrechen und Verbrechern nicht einschüchtern zu lassen. Dazu gehört auch, Islamfeindlichkeit in unserer Gesellschaft nicht zuzulassen. Wir sehen in dem Islam eine friedliche Religion, die Teil unseres Landes und unserer Gesellschaft ist. Die Angreifer praktizieren keine Religion als Glaubensaussage, sie missbrauchen den Islam für ihren Terror. Es war ein Angriff auf uns alle, auf unsere Freiheit und unsere demokratischen Werte. Wir werden diesen Terrorismus entschlossen bekämpfen und unsere Freiheit verteidigen mit mehr Demokratie, Offenheit und Menschlichkeit, aber auch mit allen rechtsstaatlichen Mitteln in der gebotenen Härte.

Mindestens ebenso wichtig sind allerdings wirksame Präventionsmaßnahmen, Aufklärung über religiösen Fanatismus, politische Bildung und die flächendeckende Etablierung von Programmen zur Deradikalisierung. Auch Ausstiegsoptionen müssen wir Betroffenen aufzeigen. Hinzukommen muss eine realistische Bewertung der Lage, die Bedrohungen weder verschweigt noch über die Realität hinaus dramatisiert. Besonders auf Bildung als Mittel gegen Radikalisierung muss ein Augenmerk gerichtet werden. Insbesondere die Schulen und andere Bildungseinrichtungen sind hier gefordert, wichtig ist auch ein breites Angebot an Schulungen im Bereich der Internetpropaganda in Zusammenarbeit mit den Zentralen für politische Bildung. Auch wollen wir flächendeckende besonders geschulte Imame in Justizvollzugsanstalten hauptamtliche einbinden, damit einer Radikalisierung von Häftlingen im Vollzug entgegengewirkt werden kann. Für eine nachhaltige Präventionsstrategie ist die Mitwirkung der Zivilgesellschaft unverzichtbar. Projektarbeit von Organisationen, Vereinen und Verbänden ist hierbei ein wesentlicher Bestandteil.

Wir werden jede Form der Kriminalität konsequent bekämpfen

Im Bereich der Organisierten Kriminalität (OK) werden Straftaten begangen, die nicht nur Milliarden Schäden für unsere Gesellschaft erzeugen, sondern bei den Opfern auch tiefe Traumatisierung und erhebliche materielle Schäden hervorrufen. Ein wichtiger Punkt im Kampf gegen die OK ist die Trockenlegung von Finanzquellen und kriminellen Wirtschaftswegen. Kriminell erworbenes Vermögen muss konsequent eingezogen werden, die Geldwäsche muss unterbunden werden. Dazu müssen wir – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – dringend das Recht der Vermögensabschöpfung reformieren und die Abschöpfung kriminell erlangter Vermögenswerte erleichtern, auch durch die Einführung einer verfassungskonformen rechtsstaatlichen Beweislastregelung. Mit der Einführung der Strafbarkeit der sogenannten Selbstgeldwäsche für Täterinnen und Täter der Vortat, wenn damit versucht wird, die rechtswidrige Herkunft des Vermögens zu verschleiern, haben wir einen wichtigen Schritt gemacht.

Wir brauchen gut aufgestellte Sicherheitsbehörden

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit obliegt dem Staat - eine weitere Privatisierung von Sicherheitsaufgaben (unter anderem Bürgerwehren) lehnen wir entschieden ab. Hierzu brauchen wir eine gut ausgebildete und gut ausgestattete, hoch motivierte und gesellschaftlich anerkannte Polizei. Gerade im von Schichtdiensten und Wochenendarbeit geprägten Polizeiberuf muss dabei der Arbeitszufriedenheit und Familienfreundlichkeit ein hohes Gewicht zukommen - dazu gehört auch ein gutes Gesundheitsmanagement und psychosoziale Betreuung, Aufstiegschancen und eine gute Bezahlung.

Die gesellschaftliche Vielfalt muss sich auch in den Polizeibehörden widerspiegeln. Darüber hinaus muss „Interkulturelle Kompetenz“ ein fester und verpflichtender Bestandteil der Polizeiausbildung sein, damit Polizistinnen und Polizisten in einer vielfältigen Gesellschaft auch in angespannten Situationen eine zutreffende Lageeinschätzung vornehmen können, um immer angemessen und schnell reagieren zu können. Ausstattungsdefizite sind zügig zu beheben und in Aus- und Weiterbildung ist massiv zu investieren.

Wir wollen den Schutz der Polizistinnen und Polizisten und der Rettungskräfte verbessern

Die alltägliche Gewalt gegen Polizistinnen, Polizisten und andere Einsatzkräfte wie Feuerwehr oder Sanitäterinnen und Sanitäter ist erschreckend und inakzeptabel. Eine Kultur, in der Helferinnen und Helfer attackiert werden, wollen wir nicht hinnehmen. Diese Personen sind tagtäglich im Einsatz für alle Menschen in unserem demokratischen Rechtsstaat und sollten dafür von der Gesellschaft wertgeschätzt werden. Sie wirksam zu schützen, ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Wir werden das Thema Öffentliche Sicherheit in der nächsten Zeit auf allen Ebenen zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit machen und in enger Abstimmung mit den anderen Bundesländern, der Bundesebene und europäischen Behörden (EUROPOL) mit gezielten Maßnahmen für mehr Sicherheit im Bund, Ländern, Kommunen und in Europa sorgen. Hierzu erwarten wir im Laufe des Jahres wirksame Ergebnisse.